

Decolonize Berlin – Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind ein Verein, der 2019 aus einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk von Schwarzen,¹ afrodiasporischen, postkolonialen und entwicklungspolitischen Initiativen, Vereinen und Einzelaktivist*innen gegründet wurde.

Wir setzen uns seit Jahrzehnten in unterschiedlichen Konstellationen für die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus, für die Anerkennung und Aufarbeitung von kolonialem Unrecht und für eine gesamtgesellschaftliche Dekolonisierung ein.

Seit Januar 2020 haben wir die Trägerschaft für die Koordinierungsstelle für ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit übernommen.









FuturAfrik









First things first: Danke!

Dieser Jahresbericht und die darin vorgestellten Maßnahmen und Forderungen gehen zurück auf antikoloniale Widerstandskämpfe und basieren auf dem Partizipationsprozess im Rahmen der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Berlins.

An dieser Stelle möchten wir ein herzliches Dankeschön für die Unterstützung der von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Communities aussprechen, denn unsere Arbeit wäre ohne sie in dieser Form nicht möglich gewesen!

Auch möchten wir Prof. Dr. Iman Attia für ihren inhaltlichen Beitrag zu diesem Jahresbericht danken.

Ein besonderer Dank gebührt insbesondere allen Teilnehmenden unserer Veranstaltungen, allen Gesprächspartner*innen, allen Wissenschaftler*innen sowie unseren Ehrenamtlichen im Verein und Bündnis Decolonize Berlin, die den Partizipationsprozess mitgestaltet und die inhaltliche Arbeit mitgeprägt haben.







Anab Awale

Merel Fuchs

Adel Oworu

01 DECOLONIZE BERLIN - WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN FIRST THINGS FIRST. DANKE!

¹ Schwarz wird in diesem Kontext bewusst großgeschrieben, um zu verdeutlichen, dass es sich um ein konstruiertes Zuordnungsmuster handelt und nicht um eine reelle "Eigenschaft", die auf die Farbe der Haut zurückzuführen ist. So bedeutet Schwarzsein in diesem Kontext nicht nur, pauschal einer "ethnischen Gruppe" zugeordnet zu werden, sondern ist auch mit der Erfahrung verbunden, auf eine bestimmte Art und Weise wahrgenommen zu werden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Wie koloniale Wirksamkeiten die Gesellschaft und den Alltag prägen Dekolonisierung jetzt - Projektbericht Partizipationsprozess 09 Postkoloniale Rechtspraxis - Dekolonisierung des Rechts 17 19 ► Allgemeine Forderungen und Maßnahmen Koloniale Wissensproduktion 21 ▶ Forderungen und Maßnahmen im Bereich Bildung und Wissenschaft 24 38 Kolonialität im Kulturbereich 42 ► Forderungen und Maßnahmen im Bereich Kultur Dekoloniale Erinnerungskultur? - Wer, wie, was und warum? 47 51 ▶ Forderungen und Maßnahmen in Bereich Erinnerungskultur Berlin Global - Berlin in der Welt 53 56 Forderungen und Maßnahmen im Bereich internationale Beziehungen / **Entwicklungspolitik** Ein Anfang für eine dekoloniale Zukunft? - Ein Ausblick 60 62 **Impressum**



m August 2019 hat das Berliner Abgeordnetenhaus die Entwicklung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzepts zur Geschichte und zu den Folgen des Kolonialismus des Landes Berlins beschlossen (Drucksache 18/1788). Ziel des Antrags "Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit" der Berliner Regierung ist es, die Auseinandersetzung mit der eigenen Kolonialvergangenheit zu intensivieren, das Thema gesellschaftspolitisch voranzutreiben und insbesondere in Wissenschaft und Bildung zu verankern sowie würdige Formen des Erinnerns zu entwickeln.

Die Diskussionen über Racial Profiling, Kolonialdenkmäler oder die Umbenennung der M*Straße haben nicht nur deutlich gemacht, dass es ein solches Konzept für Berlins koloniale Vergangenheit braucht, sondern auch, dass die Gesellschaft eine Aufarbeitung des Kolonialismus und seiner Folgen vom Land Berlin einfordert. Diese Kontinuität bezeichnet der peruanische Soziologe Aníbal Quijano als Kolonialität, die sich in Sprache, Denken, Strukturen, Abläufen und Machtverhältnissen festgeschrieben hat.²

In diesem Jahresbericht fassen wir die Ergebnisse des Partizipationsprozesses für ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit zusammen. Die Maßnahmen bauen auf den Forderungen und Erfahrungen der Betroffenen auf, die sich seit Jahrhunderten gegen koloniale Unterdrückung auflehnen. Die Maßnahmen zeigen, wie zu einer

Die Maßnahmen bauen auf den

Forderungen und Erfahrungen der

Betroffenen auf, die sich seit

Jahrhunderten gegen koloniale

Unterdrückung auflehnen.

Die Maßnahmen zeigen, wie zu

einer Vergangenheitsbewältigung

der kolonialen Vergangenheit

Berlins beigetragen werden kann.

Vergangenheitsbewältigung der kolonialen Vergangenheit Berlins beigetragen werden kann.

Im ersten Kapitel verdeutlicht Prof. Dr. Iman Attia die anhaltende Kolonialität und zeigt, dass die koloniale Vergangenheit noch heute in fast allen gesellschaftlichen Bereichen wirkt.

Nach dem Projektbericht (Kapitel 2) werden die Forderungen und Maßnahmen in fünf thematisch vertiefenden Kapiteln beleuchtet. Ein Ausblick auf die weitere Arbeit der Koordinierungsstelle wird in Kapitel 9 gegeben.

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit allen Beteiligten und wünschen Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre.

03 INHALTSVERZEICHNIS VORWORT 04

Quijano, Anibal (2000): Coloniality of Power, Eurocentrism, and Latin America. In: Nepantla, Views from South, Bd.1, Nr. 3. S. 533-580

Wie koloniale Wirksamkeiten die Gesellschaft und den Alltag prägen

von Prof. Dr. Iman Attia (aus einer Rede vom 7. Oktober 2021
im Rahmen einer Veranstaltung von Decolonize Berlin)



Foto: privat

chon die Fragestellung, wie koloniale Wirksamkeiten die Gesellschaften und den Alltag im lokalen und globalen Kontext prägen, macht deutlich, wie umfassend die Problematik ist und wie wichtig es wäre, über die nötigen zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen zu verfügen, um die verschiedenen Implikationen dieser Wirksamkeiten zu untersuchen

Koloniale Herrschaftsverhältnisse – die Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung von Leben, von sozialen, kulturellen, ökonomischen, natürlichen und anderen Weisen, Leben zu organisieren und Anforderungen zu bewältigen haben bekanntermaßen nicht mit dem Ende der formalen, politischen und militärischen Gewalt in ehemals kolonisierten Gesellschaften aufgehört. Sie haben teilweise andere Formen angenommen und wirken jedenfalls fort - allein schon, weil die koloniale Gewalt so vieles ausgelöscht hat, das irreversibel zerstört ist. Und sie haben politische, geografische, kulturelle, epistemische und gesellschaftliche Strukturen hinterlassen oder waren an deren Konsolidierung beteiligt, die inzwischen zu historischen und sozialen Wirklichkeiten geworden sind. Sie haben neben freiwilligen oder unfreiwilligen Anpassungen auch Formen des Widerstands, der Subversion und auch der Wieder- und Neuerzählung von zerstörten Umgangsweisen mit sich, anderen und der Welt entwickelt, die ebenfalls von kolonialen Verhältnissen durchdrungen sind – auch dann, wenn sie in deutlicher Abgrenzung dazu herausgebildet wurden.

Das gilt für alle mit dem Kolonialismus verbundenen Gesellschaften.

Die kolonisierten Gesellschaften, also der Großteil der Welt, haben als Labore und Vorratskammern jenen Ländern gedient (und tun dies noch), die ihren Reichtum und ihr politisches System unter Auslassung ihrer historischen und materiellen Grundlagen als eigene Leistung den ausgebeuteten und unterdrückten Gesellschaften als Vorbild empfehlen, mit mehr oder weniger zerstörerischem Nachdruck.

Der Widerstand ist vielerorts gebrochen,

Anstelle des Widerstands sind

bei dem Versuch, zu überleben oder

auch von den neuen Strukturen

zu profitieren, Anpassungen und

Beteiligungen getreten, die die

Grenzen aufweichen und manchmal

auch klare Zuordnungen erschweren.

die Strukturen und Kulturen, die ihn in der Vergangenheit ermöglichten, sind häufig zerschlagen.
Anstelle des Widerstands sind bei dem Versuch, zu überleben oder auch von den neuen Strukturen zu profitieren, Anpassungen und Beteiligungen getreten, die die Grenzen aufweichen und manchmal auch klare Zuordnungen erschweren.

Ein europäischer oder US-amerikanischer Bildungsabschluss, ein Arbeitsvertrag oder eine Kulturförderung sichert materielles und symbolisches Kapital und lässt – zumindest vorübergehend und auch nur jenen Wenigen, die davon profitieren können – die koloniale Gewalt vergessen.

Schulkinder, die in der Wüste oder Steppe leben, lernen in der Schule Alpenveilchen und Weihnachtsbräuche kennen, tragen die abgelegten Uniformen europäischer Kinder und stellen sich in Zweierreihen auf, um bei Marschmusik in die Klassenzimmer zu gehen, deren große Fenster nach Süden ausgerichtet sind. Die Transferleistung zwischen ihrem schulischen und ihrem übrigen Alltag wird auch von ihren Eltern eingefordert, wissen sie doch, dass es ihre Kinder auf diese Weise noch am ehesten "zu etwas bringen" können.

Diejenigen, die es geschafft haben, ihrer zerstörten Heimat zu entfliehen und tatsächlich auch in einer westlichen Metropole anzukommen, müssen andere Anpassungsleistungen erbringen. Sie werden noch Generationen später aufgefordert, von ihren exotischen Bräuchen zu berichten, und dafür gerügt, wenn sie darauf hinweisen, hier aufgewachsen zu sein und auch bei Familienbesuchen nicht in einer Hütte, sondern einer Stadtwohnung zu nächtigen. Der Markt der exotischen Bereicherung des kalten Alltags ist ungebrochen groß und treibt hier und dort merkwürdige Blüten. Aus der Altkleidersammlung eingedeckt und in einem klapprigen Bus fahren Menschen zur Arbeit, die darin besteht, sich nach den Vorstellungen von Tourist*innen und Weltbürger*innen zu verkleiden und singend Tätigkeiten zu verrichten, die den Zuschauer*innen Einblicke in eine vergangene Zeit und einen entfernten Ort bieten. Ausgestellte Menschen können auch weiterhin in europäischen Städten besichtigt werden – und von einer großen Zahl reisender Europäer*innen sogar noch viel "authentischer" in der natürlichen Umgebung der "einheimischen Bevölkerungen", wie die "eingeborenen Völker" nun genannt werden. Die Beispiele für die Kolonialität der Gegenwart ließen sich endlos fortsetzen.

Daneben und in Verbindung damit sind jedoch auch neue Strukturen des Widerstands
und der Entwicklung alternativer Lebensweisen
getreten, die an tatsächliche oder vermeintliche
vorkoloniale Kulturen und Epistemologien, soziale und wirtschaftliche Lebensweisen anknüpfen.
Sie speisen sich aus Erfahrungen, die vielfach angepasst wurden und sowohl erfahrene Gewalt
als auch praktizierten Widerstand internalisieren.

Es finden weiterhin Kämpfe statt:
um Anerkennung der Gewalt, um

Wiedergutmachung, wo dies möglich

ist, und um Wiederherstellung von

Recht und Würde.

Neben einem Bildnis von Jesus hängen auch jene lokaler Größen. Auf dem einst von Missionar*innen in Bau gegebenen Altar werden Hühner geopfert und dazu Lieder und Tänze aus verschiedenen Religionen, Zeiten und Kulturen praktiziert.

Großkonzerne werden in Tribunalen, vor Gericht und mit verschiedenen subversiven und offenen Formen des Widerstands daran zu hindern versucht, normiertes Saatgut zu universalisieren und

Nofretete wurde vor über

100 Jahren nach Berlin gebracht,

genauso lange hält die Forderung

nach Rückgabe an.

die Lebensgrundlagen von Kleinbäuer*innen zu zerstören. Dies geschieht mit mäßigem Erfolg, aber nachhaltigen und wachsenden Allianzen – auch seitens europäischer Sympathisant*innen, die es müde sind, immer mehr wollen zu sollen und stattdessen auf der Suche nach verträglichen Lebensweisen jenen zuhören, die zum Schweigen zu bringen versucht worden sind, um von ihnen zu lernen.

Es finden weiterhin Kämpfe statt: um Anerkennung der Gewalt, um Wiedergutmachung, wo dies möglich ist, und um Wiederherstellung von Recht und Würde. Die seit Jahrzehnten anhaltenden Restitutionsforderungen zeugen von einem Willen, die Vergangenheit nicht auf sich beruhen zu lassen, wie es die Täter*innen und ihre Nachkommen gerne hätten, sondern die Aktualität der kolonialen Matrix zu betonen und Konsequenzen einzufordern.

Nofretete wurde vor über 100 Jahren nach Berlin gebracht, genauso lange hält die Forderung nach Rückgabe an. Gerichte haben inzwischen entschieden, dass sie nicht zurückgegeben werden müsse, da sie damaligen Gesetzen zufolge rechtmäßig auf die Reise geschickt worden sei. Dass die Regelung der Fundteilung von der Protektoratsmacht England und der französischen Antikenverwaltung erfunden worden war und die Deutschen, die die Ausgrabung leiteten, begünstigte, wird dabei als unwesentlich vernachlässigt. In ägyptischen Museen fehlt Nofretete weiterhin und der Hinweis darauf, dass sie ja in Berlin betrachtet werden könnte, grenzt angesichts der Visa-Restriktionen für ehemals Kolonisierte an Zynismus.

Einige wenige Kämpfe, die die Rückgabe geraubter Kunst und kulturellen Erbes zum Ziel hatten, waren erfolgreicher. Doch das bleiben Einzelfälle, die hart erkämpft werden mussten. Nach wie vor wird ein großer Teil an Artefakten, aber auch an Gebeinen und Schädeln dort vermisst, wo sie einst in kolonialen Kontexten mitgenommen wurden. Und während dort, wo die koloniale Vergangenheit noch Gegenwart ist

Die Initiativen rund um die

Umbenennung von Straßen und Plätzen,

die an koloniale Verbrechen

erinnern, sowie rund um das

Humboldtforum zeugen von dem

ungebrochenen Willen, koloniale

Kontinuitäten zu unterbrechen.

und als solche erinnert und erzählt wird, hält die Entinnerung – das mehr oder weniger aktive Verschweigen der kolonialen Durchdringung auch der eigenen Gesellschaften – an, unterbrochen von Kämpfen nach Anerkennung und Wiedergutmachung, sowohl die Erinnerung als auch die materiellen Verhältnisse betreffend. Die Initiativen rund um die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die an koloniale Verbrechen erinnern, sowie rund um das Humboldtforum zeugen von dem ungebrochenen Willen, koloniale Kontinuitäten zu unterbrechen. Sie werden inzwischen auch in Kultur, Medien und Politik aufgegriffen und punktuell in die eigenen Konzepte integriert.

Die Zugeständnisse sind sicherlich nicht nur von vereinnahmender und beruhigender Natur, sondern zeugen auch davon, dass eine Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit nicht mehr aufzuhalten ist.

Allerdings ist diese häufig auf die Vergangenheit beschränkt und bezieht die Kolonialität der Gegenwart nur wenig ein. Besonders deutlich wird dies in der bereits erwähnten lapidaren Äußerung, die beraubten Gemeinschaften könnten die Kunst- und Kulturschätze ja hier besichtigen, wo sie ohnehin technisch und wissenschaftlich besser behandelt würden. Das Entwicklungsund das Rettungsnarrativ werden dabei ebenso wenig in ihrer Kolonialität reflektiert wie die Wirksamkeit von Ausländer*innen- und Asylgesetzen, die das Reisen und Überschreiten von Grenzen nur in eine Richtung möglich machen.

Auch schließen die Auseinandersetzungen nur einige koloniale Kontexte ein und setzen so die Teile-und-herrsche-Strategie sowie die lineare Platzierung von Kulturen und die Hierarchisierung von "Rassen" fort. Und weiterhin trivialisieren Faschingskostüme historische Genozide und trällern Chöre rassistische Stereotype. Wütende Reaktionen darauf werden kulturalisiert und sanktioniert, pädagogisiert, pathologisiert und kriminalisiert. Wir sind noch weit entfernt davon, historisches Unrecht wiedergutzumachen und die gegenwärtige Kolonialität unserer Gesellschaften zu begreifen und zu durchbrechen.

Dennoch gibt es Unterbrechungen, die vom ungebrochenen Willen zeugen, Gerechtigkeit und Würde herbeizuführen – und auch davon, dass die Zahl und die Kraft derer wächst, die etwas ändern wollen.

Projektbericht Partizipationsprozess

m 1. Mai 2020 begann die Koordinierungsstelle offiziell die Arbeit, um einen partizipativen Prozess für ein gesamtstädtisches Aufarbeitungskonzept Berlins kolonialer Vergangenheit zu organisieren und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sowie der Verwaltung und Politik erforderliche Maßnahmen zu erarbeiten. Drei Wochen später, am 25. Mai 2020, wurde George Floyd in Minneapolis im US-Bundesstaat Minnesota getötet und die Bilder eines sterbenden Menschen gingen um die Welt. Kurz darauf forderten Zehntausende von Menschen ihre Rechte ein und gingen als Black-Lives-Matter-Bewegung weltweit gegen Rassismus auf die Straßen, auch hier in Berlin.

Durch die Black-Lives-Matter-Proteste wurden die seit Jahrzehnten andauernden Debatten um eine Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit und einen verantwortungsbewussten Umgang mit kolonialer Kontinuität in der Bundesrepublik verstärkt und in die Mitte der weißen³ Mehrheitsgesellschaft transportiert. Denn die Wirkmacht der Kolonialzeit ist bis heute allgegenwärtig und zeigt sich als Fortwirkung von Hierarchien in den Bereichen Bildung, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik der Bundesrepublik, auch und insbesondere in der Hauptstadt Berlin.

Seitdem sind 18 Monate vergangen. Unter der Voraussetzung einer breiten Partizipation wurden vielseitige Formate mit über 400 Personen veranstaltet, um den Auftrag des Abgeordnetenhauses von Berlin zu erfüllen und Maßnahmen zu erarbeiten, die eine angemessene Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Berlins ermöglichen.

Doch was bedeutet Partizipation im Kontext der Aufarbeitung der bis heute noch wirkmächtigen Kolonialvergangenheit? Was gilt als Beteiligung an der Aufarbeitung und was nicht? Als Koordinierungsstelle näherten wir uns der Begriffsschärfung und der Methode zur Umsetzung, indem wir uns direkt zu Beginn der Arbeit gemeinsam mit den betroffenen Communities und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur*innen auf eine Begriffsdefinition⁴ einigten.

Angelehnt an das Stufenmodell von Sherry
Arnstein⁵ ist für uns Partizipation gegeben, wenn
eine Beteiligung am Aushandlungssystem besteht und/oder Entscheidungskompetenzen für
Teilbereiche vorhanden sind und/oder Beteiligte
volle Entscheidungskompetenz erhalten. Somit
verstehen wir Partizipation als Teilhabe an der
Entscheidungsmacht, was weit über die einfache
Information über Entscheidungen oder die Erklärung dieser hinausgeht.

Partizipation betrifft – gerade im Kontext der Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit aufgrund ihrer Wirkmacht bis in die Gegenwart – nicht nur das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürger*innen oder Institutionen und Individuen, sondern auch das Verhältnis zwischen Personen und Personengruppen.

"Nothing About Us

Without Us!"6

Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen durch Vernetzung

Wenn wir Menschen ermutigen möchten, sich an der Gestaltung ihrer Gesellschaft zu beteiligen und konkrete Ideen zu entwickeln, dann geht dies nur über die Stärkung ihrer Strukturen wie beispielsweise mithilfe einer besseren Vernetzung. Erst dadurch wird es möglich, tragfähige Lösungen zu finden und zum Handeln zu motivieren, damit die nachhaltige Veränderung auch eine echte Chance hat.

Um dies voranzutreiben, vernetzten sich im Sommer 2020 unter dem Titel "Black Power. white sharing. Was heißt Berlin gemeinsam dekolonisieren?" Aktivist*innen sowie Vertreter*innen Schwarzer, diasporischer, postkolonialer und entwicklungspolitischer Gruppen und Vereine. Sie tauschten sich über Dekolonisierungsprozesse aus und formulierten handlungsleitende Kriterien für den weiteren Beteiligungsprozess.

- weiß wird in diesem Kontext bewusst klein und kursiv geschrieben, um zu verdeutlichen, dass es sich um ein konstruiertes Zuordnungsmuster handelt und nicht um eine reelle "Eigenschaft", die auf die Farbe der Haut zurückzuführen ist. weiß ist eine Bezeichnung für eine privilegierte gesellschaftspolitische Position im Machtverhältnis Rassismus, die sich selbst als normgebend versteht. weißsein umfasst also ein unbewusstes Selbst- und Identitätskonzept, das weiße Menschen in ihrer Selbstsicht und ihrem Verhalten prägt und durch das sie ihre privilegierte Position oft nicht wahrnehmen, was zum Beispiel den Zugang zu Ressourcen betrifft.
- "Partizipation ist ein demokratietheoretischer Begriff und bezeichnet die Beteiligung von Einzelnen und Gruppen an Entscheidungen und Entscheidungsprozessen. Historisch betrachtet wird die Forderung nach Partizipation begründet mit dem Argument: Es wird über unsere Angelegenheiten entschieden, also haben wir ein Recht darauf, mitzuentscheiden! Partizipation wird folglich eingeklagt auf der Grundlage der Menschenrechte, der Selbstbestimmungsrechte und der menschlichen Würde." Urban, Ulrike (2005): Partizipation. Demokratie-Baustein "Partizipation". BLK-Programm "Demokratie lernen & leben"
- 5 Arnstein, Sherry (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners, 35(4)
- ⁶ Dieser Slogan wurde im Partizipationsprozess mehrfach genannt und ist durch verschiedene sozialen Bewegungen geprägt.

09 DEKOLONISIERUNG JETZT! DEKOLONISIERUNG JETZT! 10

Ein anderes Zukunftsnarrativ

Nach jahrelanger liebloser Behandlung ist sie wieder en vogue: die Zukunft. Denn die Weichen für die kommenden Generationen werden in den nächsten Jahren gestellt und das in den Metropolen dieser Welt. So fand im Herbst 2020 unter dem Titel "Gemeinsam Berlin dekolonisieren!" die Zukunftskonferenz der Koordinierungsstelle statt.

Während der zweitägigen Tagung wurde mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Mitarbeitenden aus der Verwaltung sowie Politiker*innen gemeinsam über die Chancen und Herausforderungen für das Gesamtstädtische Konzept zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Berlins aus verschiedenen Perspektiven diskutiert. Des Weiteren wurden Maßnahmen und Forderungen für eine dekoloniale Zukunft Berlins erarbeitet. Hierbei wurde sehr deutlich, dass insbesondere Maßnahmen in der Bildungspolitik nötig

sind: So wurde die Bekämpfung von rassistischen Darstellungen Schwarzer Menschen in Schulbüchern eingefordert. Genauso wie der Schutz von Kindern, die von Rassismus in der Schule betroffen sind. Augenfällig wurde ebenfalls, dass Kolonialismus die Wurzel globaler Ungerechtigkeit ist, was sich auch in der Gesundheitspolitik widerspiegelt, wenn beispielsweise Gelder in die Erforschung von Krankheiten fließen, von der nicht die Mehrheit der Weltbevölkerung, sondern vorrangig die weiße Mehrheitsgesellschaft des Globalen Nordens betroffen ist. Ferner wurden Möglichkeiten erörtert wie das Community-Wissen und das Wissen der People of African Descent (PAD) sowie zivilgesellschaftliche Perspektiven noch stärker in der Mehrheitsgesellschaft und bei der Verwaltung und der Politik verankert werden können.

Ein erstes Fazit

Im Dezember 2020 wurden die ersten erarbeiteten Maßnahmen in einem Zwischenbericht veröffentlicht. Koloniale Kontinuitäten zeigen sich vor allem in institutionellem und strukturellem Rassismus,⁶ sozialer Ungleichheit und wirtschaftlicher Ausbeutung. Wie tief diese in der Gesellschaft verankert sind, wurde anhand von vier Teilbereichen dargestellt: Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur, Erinnerung und Stadtgesellschaft

sowie kommunale internationale Zusammenarbeit. Neben den ersten konkreten Forderungen und Maßnahmen, die auf den Erfahrungen und Forderungen der Betroffenen aufbauen – die seit Jahrhunderten auf lokaler und globaler Ebene gegen Fremdherrschaft und Unterdrückung kämpfen – haben acht Autor*innen und Interviewpartner*innen antikolonialen Widerstand und notwendige Aspekte von Dekolonisierungsprozessen beleuchtet.

Neue Wege der Beteiligung

Das Jahr 2021 stand ganz im Zeichen der Pandemie und auch wir mussten neue Wege der Beteiligung finden. Durch digitale Lösungen konnten wir bis Herbst 2021 die Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sowie den Austausch zu den Verwaltungen und der Politik vertiefen. Zur wissenschaftlichen Untermauerung der Forderungen und den erarbeiteten Maßnahmen aus 2020 wurden drei Gutachten im Bildungs- und Wissenschaftsbereich sowie

ein Gutachten zum Thema Restitution beauftragt.⁷

Im Oktober 2021 stellten wir beim Fachtag mit dem Titel "Koloniale Vergangenheiten – antikoloniale Widerstände – dekoloniale Zukünfte" das Gutachten zum Berliner Bildungsprogramm für Kitas und Kindertagespflege (BBP) von Prof. Dr. Maisha Auma sowie die Bestandsaufnahme zu menschlichen Gebeinen/Human Remains aus kolonialen Kontexten in Berlin von Isabelle Reimann vor.

Der Fachtag reihte sich als letzte große Veranstaltung in den anderthalbjährigen Partizipa-

tionsprozess ein. Auf unterschiedlichen Panels diskutierten Expert*innen und Teilnehmende über die nächsten Schritte zur Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit: Wie kann es gelingen, diese Machtverhältnisse umzukehren? Wie können wir in einem entmenschlichenden System eine humanisierende Sprache finden?

Einmal mehr wurde deutlich, dass die Perspektive der ehemals Kolonisierten einen Großteil der Menschheit betrifft und nur eine kleine weiße Minderheit von den Unterdrückungssystemen des (Neo-)Kolonialismus profitiert.

Weniger Konkurrenz, mehr Kooperation

Bereits seit Jahren erarbeiten die betroffenen Communities emanzipatorische Konzepte, konkrete Handlungsstrategien und dekoloniale Wissensbildung. Hierdurch gelingt ihnen nicht nur eine Dynamisierung der gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozesse, sondern auch die Schaffung von Empowerment-Räumen für Betroffene von Kolonialrassismus zur positiven Identitätsbildung und Aufarbeitung generationsübergreifender Traumatisierung.

Die zivilgesellschaftlichen Strukturen - seien

es Aktivist*innen oder Schwarze, diasporische, postkoloniale oder entwicklungspolitische Gruppen und Vereine – sind in Berlin sehr gut ausgebaut. Wenn die Politik und Verwaltung eine gute und breit akzeptierte Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen sicherstellen möchte, dann gelingt dies am besten durch die Kooperation mit diesen Akteur*innen. Wandel und Zukunft können nur gemeinsam gelingen, insbesondere wenn die Wirkmacht des Kolonialismus sich bis in die Gegenwart erstreckt.

- Wir unterscheiden institutionellen Rassismus, also diskriminierende Regeln, Gesetze, Pflichten und Rechte (zum Beispiel Sonderrechte der Polizei an "kriminalitätsbelasteten Orten"), und strukturellen Rassismus, bei dem es um informelle soziale Praktiken und erlernte Haltungen geht, die dazu beitragen, dass soziale Ungleichheiten und strukturelle Ausschlüsse aufrechterhalten werden (zum Beispiel Stereotype, erlernte diskriminierende Verhaltensweisen, sichtbar in der "Max vs. Murat"-Studie zu Benotung von Klassenarbeiten).
- 7 1. Die dekoloniale Qualität des Berliner Bildungsprogramms für Kitas und Kindertagespflege (BBP) von Prof. Dr. Maisha M. Auma
- 2. Die koloniale Vergangenheit von Institutionen und Akteur*innen der Berliner Hochschul- und Wissenschaftslandschaft von Dr. Akiiki Babyesiza
- 3. Machbarkeitsstudie zu verpflichtenden Anti-Rassismus-Modulen in der universitären Lehrer*innenausbildung an Berliner Hochschulen von Nadine Golly und Kamady Fofana
- 4. Bestandsaufnahme zu menschlichen Gebeinen/Human Remains aus kolonialen Kontexten in Berlin von Isabelle Reimann

11 DEKOLONISIERUNG JETZT! DEKOLONISIERUNG JETZT! 12

Zeitstrahl 2020/21:

Gesamtstädtisches Konzept zu Berlins kolonialer Vergangenheit

Insgesamt haben über 250 Personen aus 30 Vereinen, Einzelaktivist*innen und Vertreter*innen aus 5 Bezirken und 6 Senatsverwaltungen an den Veranstaltungen teilgenommen, die analog, digital oder hybrid stattgefunden haben.





Foto: ©Roy Wichert





August 2019

Das Berliner Abgeordnetenhaus beschließt die Entwicklung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungsund Erinnerungskonzepts zur Geschichte und den Folgen des Kolonialismus in Berlin. Die Koordinierungsstelle wird bei Decolonize Berlin e.V. angesiedelt.

Januar 2020

Auftaktveranstaltung mit Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung

Juni 2020

Strategietag

August 2020

zivilgesellschaftliches Open Space: Black Power. White Sharing. Was heißt Berlin gemeinsam dekolonisieren?

September 2020

Zukunftskonferenz mit Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung: Gemeinsam Berlin dekolonisieren.

Dezember 2020

Vorstellung des Zwischenberichts











Frühjahr 2021

Verwaltungsrunden & Gesprächsrunden mit Zivilgesellschaft

Sommer 2021

Online-Veranstaltung: Mehr Schein als Sein? Grenzen des Fairen Handels Wissenschaftliche Gutachten

Herbst 2021

Fachtag: Koloniale Vergangenheiten – antikoloniale Widerstände – dekoloniale Zukünfte?

Winter 2021

Jahresbericht



Kolonialrassismus hierarchisiert, er legitimiert sich in vorherrschenden Strukturen, wird fortgeschrieben in der Sprache und manifestiert sich in den Institutionen. Er ist allgegenwärtig. ährend der europäischen Kolonialzeit entwickelte sich das nationale und internationale Recht auf eine Weise, die es zuließ, dass der Handel von versklavten Menschen und Völkermord aufgrund von rassistischen Zuschreibungen legitimiert wurden.

Auch die Entwicklung des deutschen Rechts sowie des Völkerrechts aus deutscher Perspektive ist eng verbunden mit der Aneignung von Gebieten außerhalb Europas und der damit einhergehenden systematischen Ausbeutung der dort lebenden Menschen sowie der politischen Entmündigung, Landwegnahme, kulturellen Abwertung und rassistischer Gewaltexzesse bis hin zum Völkermord. Um all dies und die deutsche Kolonialherrschaft rechtlich zu legitimieren, wurde ein auf rassistischen Ausschluss fundiertes Rechtssystem eingeführt. So gab es Recht, das für der deutschen Hoheitsgewalt unterworfene weiße Menschen galt, und andererseits gab es Recht, das für der deutschen Hoheitsgewalt unterworfene nicht-weiße Menschen galt.8

Im Jahr 2020 verabschiedete das Abgeordnetenhaus von Berlin als erstes Landesparlament ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG). Das Ziel dieses Gesetzes ist es, den Schutz vor Rassismus und weiteren Diskriminierungsformen durch öffentlich-rechtliches Handeln zu verbessern und Rechtsansprüche zu etablieren. Denn der begrenzte Anwendungsbereich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), der sich maßgeblich auf privatrechtliche Beziehungen und Erwerbstätigkeiten erstreckt, weist erhebliche Rechtslücken auf, die verdeutlichen, dass die Bundesregierung ihrer Verpflichtung zur wirksamen Umsetzung europäischer Antidiskriminierungsrichtlinien⁹ sowie internationaler Übereinkommen nicht hinreichend nachkommt. Des Weiteren ist augenscheinlich, dass das Konzept der Intersektionalität im geltenden Recht als Analyseinstrument kaum Anwendung findet. So mangelt es einer rechtlichen Handhabung

und einem Rechtsschutz vor mehrdimensionaler Diskriminierung.

Zur Gestaltung rechtlicher Gleichheit und einer sozial gerechten Zukunft muss das deutsche Rechtssystem reformiert werden, denn durch die gegenwärtige Rechtsetzung, -auslegung und -anwendung werden bestehende gesellschaftliche Verhältnisse aufrechterhalten und es wird eine Reproduktion der rassistischen Entrechtung ermöglicht. Die koloniale dualistische Rechtsordnung hat sich im gegenwärtigen institutionellen Rassismus manifestiert.

Auch die Entwicklung des deutschen
Rechts sowie des Völkerrechts aus
deutscher Perspektive ist eng
verbunden mit der Aneignung von
Gebieten außerhalb Europas und der
damit einhergehenden systematischen
Ausbeutung der dort lebenden Menschen
sowie der politischen Entmündigung,
Landwegnahme, kulturellen Abwertung
und rassistischer Gewaltexzesse
bis hin zum Völkermord.



Fischer-Lescano, Andreas: Deutschengrundrechte: Ein Anachronismus. In: Jochen von Bernstorff, Isabel Feichtner und Philipp Dann (Hg.): (Post-)Koloniale Rechtswissenschaft, 2020. S. 147 ff.

⁹ im Sinne von Art. 249 Abs. 3 EGV

Allgemeine Forderungen und Maßnahmen

Allgemeine Politische Forderungen und Maßnahmen

Gesetzliches

- Verankerung des Diskriminierungsverbotes auch im Schulgesetz
- Anpassung des Kindertagesförderungsgesetzes (KitaFöG), um das Diskriminierungsverbot auch auf die Freien / kirchlichen Träger der Kinderund Jugendhilfe auszuweiten
- Einführung des Rechts auf Kita-Bildung auch für Asylbewerber*innen (unabhängig vom Aufenthaltsstatus)
- Verankerung der Verpflichtung zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Berlins im Berliner Hochschulgesetz (BerIHG)
- ▶ Einführung eines Kulturfördergesetzes mit festen Antidiskriminierungsstrukturen in den Kulturbetrieben
- Abschaffung von Sonderbefugnissen der Sicherheitsbehörden in sogenannten "kriminalitätsbelasteten Orten"
- ▶ Einberufung einer Kommission bestehend aus Expert*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung zur Überarbeitung des Rassebegriffs in der Berliner Landesverfassung

Verantwortungsübernahme für deutschen Kolonialismus und dem deutschen Beitrag zum europäischen Kolonialismus

- Anerkennung des Kolonialismus als Unrechtssystem durch den Deutschen Bundestag
- Einbringung einer entsprechenden Bundesratsinitiative des Landes Berlin
- Rückgabe von Kulturgütern aus kolonialem Kontext
- sofortige Rückgabe menschlicher Gebeine, die sich im Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und anderer Berliner bzw. deutscher Institutionen befinden
- ▶ Verankerung des Themas in der Arbeit aller Senatsverwaltungen
- Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft, Prozessbegleitung durch Generation Adefra

kolonialkritische Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Leben

- Stärkung von Schwarzen, diasporischen und (post)migrantischen Selbstorganisationen und Communities in Berlin durch bessere Förderstrukturen
- Ausbau der Registerstellen zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin

19 ALLGEMEINE FORDERUNGEN UND MASSNAHMEN ALLGEMEINE FORDERUNGEN UND MASSNAHMEN 2



Basierend auf Entmenschlichung, Gewaltherrschaft und einer Ideologie der Ungleichheit hat der Kolonialismus eine globale, hierarchische Realität geschaffen. Die Kolonialität von Eurozentrismus und Rassismen haben sich auch in der Wissensproduktion manifestiert.

chon vor der deutschen Kolonialzeit haben deutschsprachige Akademiker*innen und Forschungsreisende eine prägende Rolle in der Schaffung eines rassifizierten Weltbilds gespielt, welches die systematische und brutale Ausbeutung und Vernichtung von Menschen durch das koloniale Herrschaftssystem rechtfertigte und moralisch begründete.

Die Hochschulwissenschaftlerin Dr. Akiiki Babvesiza verdeutlicht in ihrem Gutachten¹⁰ dass die Entwicklungen, die zur modernen Wissenschaft, wie sie heute etabliert ist, geführt haben, angesichts des kolonialen und imperialen Zeitalters kein Zufall sind: Die Verwobenheit zwischen der Entwicklung der Wissenschaften und der europäischen kolonialen Expansion zeigt sich im 19. Jahrhundert sowohl durch die Schaffung einiger Fachgesellschaften wie beispielsweise der Berliner Anthropologischen Gesellschaft¹¹ als auch in den Biografien wichtiger Hochschulakteure wie etwa Ferdinand von Richthofen. Dabei handelt es sich um ein breites Spektrum an Fachrichtungen, beispielsweise die Neugründung von Disziplinen wie der Afrikanistik, der Akademisierung von Geografie, Ethnologie sowie Botanik oder Entwicklungen in der Medizin oder Museumskunde.

Dieses Wissen war notwendig, um Herrschaftsstrukturen in den Kolonien auszubauen, es diente der Stabilisierung und der wirtschaftlichen Ausbeutung natürlicher Ressourcen in den kolonisierten Ländern. Gleichzeitig spielten die Hochschuleinrichtungen eine entscheidende Rolle bei der Produktion von rassistischem Wissen und der Aufrechterhaltung von Kolonialität. Die rassistische Wissensproduktion geschah allerdings nicht nur innerhalb akademischer Diskurse, sondern auch in der Literatur, Kultur und Unterhaltungsindustrie, sodass sie bis tief in die Gesellschaft wirken konnte und sich im Bildungskanon verankerte, welcher wiederum

in hohem Maße daran beteiligt ist, Wissenssysteme zu validieren und dadurch zu marginalisieren.

Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, ist insbesondere eine kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialität von Wissensproduktion unabdingbar. Dazu gehört die kritische Reflexion der Rolle von formalen Bildungseinrichtungen, beispielsweise der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen während des Kolonialismus, sowie die Bearbeitung von kolonialen Wirksamkeiten wie rassistischen Ausgrenzungen an Bildungsinstitutionen. Wichtige Fragen dabei sind: Wie und warum wird bestimmten Wissensformen Vorrang und Autorität vor anderen eingeräumt? Welches Wissen wird un_sichtbar gemacht beziehungsweise ent_innert?

Die Proteste gegen die Kolonialität der Wissenschaften haben zuletzt an Sichtbarkeit gewonnen. In Südafrika wurde der Protest von Studierenden durch die Hashtags #RhodesMust Fall und #FeesMustFall weltweit bekannt und zeigte die Facetten von Dekolonisierung auf. Es geht einerseits um die öffentliche Sichtbarkeit von Kolonialverbrechern an Bildungseinrichtungen (Statuen, Namen etc.) und um Lehrinhalte (Bildungskanon), aber andererseits auch um ungleichen Zugang zu Bildungseinrichtungen und um die fehlende Diversität des (akademischen) Lehrkörpers, also generell um die rassistischideologischen Grundfesten der universitären Bildung. Weltweit gibt es innerhalb und außerhalb der Wissenschaftslandschaft Bewegungen für eine Dekolonisierung von Bildung, zum Beispiel auch durch die Gründung der Black Student Union an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Eine fehlende Dekolonisierung der Wissenschaft wirkt sich auch auf alle weiteren Bildungsbereiche aus, zum Beispiel in der Lehramtsausbildung: Fehlt eine kritische Einordnung der jeweiligen Fachgeschichte, hat dies Auswirkungen auf die Unterrichtsgestaltung

KOLONIALE WISSENGOROUMERSON KOLONIALE WISSENSPRODUKTION 22

Babyesiza, Akiiki (2021): Die koloniale Vergangenheit von Institutionen und Akteur:innen der Berliner Hochschul- und Wissenschaftslandschaft: Eine systematische Bestandsaufnahme

Beispielhaft: die Gründung des Seminars für Orientalische Sprachen im Jahr 1887, die Schaffung der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin (1828) oder die Gründung der Berliner Anthropologische Gesellschaft (1869), woraus die heutige Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte (BGAEU) hervorgegangen ist

sowie den Bildungskanon in den Lehrplänen und auf die pädagogische Arbeit mit von Rassismus betroffenen Kindern.

Die Reproduktion von rassistischem Wissen – sei es durch Schulbücher oder andere Bildungsmedien – führt zu einer Verinnerlichung rassistischen Wissens und der Verfestigung von ungleichen Machtverhältnissen anhand von rassistischen Merkmalen. Prof. Dr. Maisha Auma hat in verschiedenen Studien aufgezeigt, wie sich dies bereits in der frühkindlichen Bildung zeigt. In ihrer Analyse zur Dekolonialität des Berliner Bildungsprogramms für Kitas und Kindertages-

pflege verdeutlicht sie dessen Kolonialität auf unterschiedlichen Ebenen (Bildsprache, Text und Inhalt).

Zur Umsetzung des Rechts auf diskriminierungsfreie Bildung bedarf es grundlegender Änderungen innerhalb des Bildungssystems, um strukturelle und institutionelle Diskriminierungen zu adressieren. Von der Kita bis zur Uni braucht es ein tiefgreifendes Verständnis dafür, dass Antirassismus als Querschnittsaufgabe für den gesamten Bildungsbereich notwendig ist, um den Kreislauf der rassistischen Wissensproduktion zu durchbrechen.

Zur Umsetzung des Rechts auf diskriminierungsfreie Bildung bedarf

es grundlegender Änderungen innerhalb des Bildungssystems, um

strukturelle und institutionelle Diskriminierungen zu adressieren.

Von der Kita bis zur Uni braucht es ein tiefgreifendes Verständnis

dafür, dass Antirassismus als Querschnittsaufgabe für den

gesamten Bildungsbereich notwendig ist, um den Kreislauf der

rassistischen Wissensproduktion zu durchbrechen.

Forderungen und Maßnahmen im Bereich Bildung und Wissenschaft

Allgemeine politische Forderungen im Bildungsbereich und Maßnahmen

Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien sowie der UN-Behindertenrechtskonventionen und -Kinderrechtskonventionen im Berliner Bildungssystem

- Verwaltungsvorschrift zur Schaffung von klaren Verfahren zum Umgang mit Diskriminierungsfällen in Schulen (Unterstützung der Schulleitung)
- machtkritische Überarbeitung des Schulgesetzes

ntingtok paraktak lajea eta binakuria kie-

Antidiskriminierungsarbeit in der Senatsverwaltung verankern

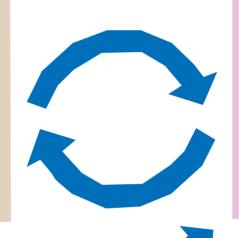
- Entwicklung und Umsetzung einer Gesamtstrategie zu Antidiskriminierung für die Senatsverwaltung
- ➤ Erweiterung der Evaluationskriterien des Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung (BeKi): Antidiskriminierungsstrategie der Einrichtung erstellen und umsetzen und Beschwerdemöglichkeiten für Kinder, Eltern und Erzieher*innen schaffen
- Überarbeitung der (Verwaltungs-)Vorschriften zur Sicherstellung des Rechts auf diskriminierungsfreie Bildung

koloniale wissensproduktion forderungen und massnahmen im bereich bildung und wissenschaft 24

Entwicklung einer tragfähigen Beschwerdestruktur im Bildungsbereich

zivilgesellschaftliche Kommission zur Erstellung einer tragfähigen Beschwerdestruktur

(Wissenschaftler*innen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, betroffene Communities, Lehrpersonal mit Rassismus- und Diskriminierungserfahrung etc.)



Antidiskriminierungsstelle der Senatsverwaltung für Bildung

zuständig für Antidiskriminierungsarbeit innerhalb der Senatsverwaltung (Gesamtstrategie entwickeln und umsetzen, Beratung etc.)

Beschwerdestellen









zivilgesellschaftliche Beratungs- und Registerstellen

Landeselternnetzwerk

Kindertagesstätten und Krippen

Landesschüler*innenvertretung Berlin

Schulen

internationale Bildungsabschlüsse anerkennen

Anerkennung von internationalen Bildungsabschlüssen vereinfachen

Sicherstellung des Schulbesuchsrechts aller Kinder unabhängig vom Aufenthaltsstatus

Richtlinien für ein transparentes, klares und einheitliches Vorgehen der Schulbehörden festlegen, damit das Recht auf Bildung für alle Kinder ermöglicht wird

Schaffung einer transparenten Beschwerdestruktur

 Ziel sollte sein, dass klare Beschwerdewege und -verfahren allgemein bekannt und transparent nachvollziehbar sind

Stärkung von unabhängigen Antidiskriminierungsstrukturen im Berliner Bildungsbereich

 Einrichtung einer unabhängigen Informations- und Beschwerdestelle für Diskriminierungsfälle im Berliner Bildungsbereich (BeNeDiSK-Modell)

Gründung einer Akademie für Diversitätsbildung

- machtkritische und dekoloniale Reflexion des bestehenden Fort- und Weiterbildungsprogramms
- Prozess zur Gründung einer Akademie für Diversitätsbildung mit relevanten Akteur*innen bzw. mit bereits existierenden Fortbildungsinstituten (z. B. LISUM, SFBB, LADS) und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Wissenschaftler*innen starten

Politische Forderung im frühkindlichen Bildungsbereich und Konkrete Maßnahmen

diskriminierungskritisch und global verantwortliche Organisationsentwicklung für Kindertagesstätten, Schulen und außerschulische Bildungsträger stärken

- Antidiskriminierungsmaßnahmen in der "Qualitätsvereinbarung Tageseinrichtungen" konkret benennen
- bestehende Fortbildungsangebote des LISUM / SFBB im Bereich "Organisationsentwicklung" um verpflichtende Module im Bereich Antidiskriminierung und globale Verantwortung in Zusammenarbeit mit externen Anbietern ausbauen
- Fördermittel für diskriminierungskritische und global verantwortliche Organisationsentwicklung durch zivilgesellschaftliche Akteur*innen für Bildungseinrichtungen ausbauen und verstetigen

dekoloniale und global verantwortliche Überarbeitung der pädagogischen Leitlinien im frühkindlichen Bildungsbereich

Beauftragung einer dekolonialen und global verantwortlichen Überarbeitung des Berliner Bildungsprogramms für Kitas und Kindertagespflege (BBP) unter Einbeziehung von Schwarzen und migrantischen Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen

diskriminierungskritische Ausbildung von Frühpädagog*innen / Erzieher*innen stärken durch Erweiterung der intersektional-rassismuskritischen Wissensbasis und Kompetenzen

- Dekolonialität als Querschnittsthema explizit in Rahmenlehrplänen für Frühpädagog*innen und Erzieher*innen verankern, sodass eine Auseinandersetzung mit Kolonialismus und kolonialen Wirksamkeiten in verschiedenen Lernfeldern stattfindet
- rassismuskritische Umsetzung des Rahmenlehrplans in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen
- Fort- und Weiterbildungen im Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB)
- Bereitstellung regelmäßiger Angebote zu Antidiskriminierung (insbesondere Anti-Schwarzer Rassismus) und Empowerment

Politische Forderungen im schulischen Bildungsbereich (alle Schulformen) und konkrete Maßnahmen

Dekolonisierung von Wissensproduktion

 Errichtung einer Arbeitsgruppe zu Dekolonialität im Bildungsbereich bei der KMK unter Einbezug von BPoC

Bildung multiperspektivisch und intersektional gestalten, Kolonialismus als Querschnittsthema verankern und Wirksamkeiten aufzeigen

Entwicklung einer dekolonialen Strategie unter Einbezug von BPoC-Expertise zur Verankerung von dekolonialer P\u00e4dagogik in allen Unterrichtsf\u00e4chern dekoloniale Bildung als übergreifendes Thema in Rahmenlehrplänen verankern (Teil B)

mehr Wissen und Bewusstsein für Kolonialismus und koloniale Wirksamkeiten, globale Zusammenhänge und Verflechtungen schaffen durch die Überarbeitung von Rahmenlehrplänen, Schulcurricula und Lehrmaterialien zur Kolonialgeschichte

- ▶ Ergänzung des fachübergreifenden Themas "Postkoloniale Bildung" als Kompetenzentwicklungsziel der Berliner Schulbildung
- koloniale Verflechtungen in allen Unterrichtsfächern verdeutlichen (auch in Naturwissenschaften, Ethik, Religion etc.)
- ▶ Betroffenen-Perspektiven in die Überarbeitung der Rahmenlehrpläne miteinbeziehen (sowohl als wissenschaftliche als auch zivilgesellschaftliche Expertise)
- deutsche Kolonialgeschichte als ein Pflichtthema im Geschichtsunterricht verankern
- Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsträgern / Zivilgesellschaft ermöglichen, zum Beispiel im Bereich Globales Lernen
- Förderung von dekolonialen Schulkooperationen zwischen Berliner Schulen und Schulen im Globalen Süden

Lehr- und Lernmittel dekolonisieren!

gemeinsame Erstellung eines diskriminierungskritischen und globalverantwortlichen Leitfadens für Lern- und Lehrmittel, der Schulen zur Verfügung gestellt wird, in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen

- Bereitstellung von Fördergeldern für regelmäßige empirische Bildungsforschung mit Schwerpunkt auf der Rezeption von Schulbüchern und Lehrund Lernmitteln im Hinblick auf Rassismus und stereotype Darstellung des afrikanischen Kontinents
- Fördergelder für die Produktion und Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien für den Bereich Kolonialismus, Diversity Education, Global Citizenship Education erhöhen

Anerkennung von Rassismuskritik als notwendiges Professionswissen in der Lehramtsausbildung durch die Erweiterung von fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und pädagogischen Kompetenzen von Lehrkräften in Bezug auf Kolonialismus und (De)Kolonialität in den drei Phasen der Berliner Lehramtsausbildung ausbauen (Universität, Referendariat und Einstiegsphase)

Universitäre Ausbildung

- verpflichtende Antirassimusmodule in der Berliner Lehramtsausbildung verankern
- Lehramtsstudierenden bestehende Angebote der Universitäten im Bereich Kolonialismus, Machtkritik, Antidiskriminierung zugänglich machen

Praktische Ausbildung / Referendariat

- koloniale Kontinuitäten, Diskriminierungen und globale Verantwortung als Querschnittsthemen in den praktischen Ausbildungsmodulen der Lehramtsausbildung verankern
- rassismuskritische Überarbeitung des verpflichtenden Handbuchs für Seminarleitende (Kolonialität als Querschnittsthema)
- verpflichtende Qualifizierung von Seminarleitenden zum Themenbereich Kolonialismus, Machtverhältnisse, Intersektionalität, globale Verantwortung

Berufseinstiegsphase

- mehrtägige Antidiskriminierungsfortbildungen in der Berufseingangsphase gesetzlich verankern (Lehrkräftebildungsgesetz §17)
- Schaffung von Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zum Themenbereich koloniale Wirksamkeiten, Antidiskriminierung, Empowerment und globale Verantwortung (LISUM, SFBB, SIBUZ)

Empowerment-Angebote für von Diskriminierungen und Rassismen betroffene Lehrkräfte schaffen

Vernetzungsangebote für Lehrkräfte of Color schaffen (z. B. über Empowerment-Seminare)

Erarbeitung eines "Schul-TÜVs" für Berliner Schulen in Bezug auf Antidiskriminierung mit dem Ziel, innerhalb der bestehenden Schulinspektionen ein praxistaugliches Konzept zur Überprüfung und Sicherung von diskriminierungskritischer Schulentwicklung zu schaffen (auch zur Selbstüberprüfung durch Schulen)

- Beauftragung einer Expertise zu diskriminierungskritischer und global verantwortlicher Schulentwicklung
- Antidiskriminierung und globale Verantwortung als Querschnittsthemen in allen Aspekten verankern
- dekoloniale und intersektionale Überarbeitung des Handlungsrahmen Schulqualität (BE) in Berlin gemeinsam mit Schwarzen und von Diskriminierung betroffenen Wissenschaftler*innen
- Selbstevaluationsportal um Diskriminierungserfahrungen der Schüler*innen bzw. Lehrer*innen ergänzen

- Fort- und Weiterbildungen für Schulinspektor*innen zum Thema Diskriminierungen, koloniale Wirksamkeiten, globale Verantwortung
- häufigere Schulinspektionen und Einbindung der Vertretungsstrukturen von Eltern und Schüler*innen

Deliticales Foundamenton Densiele Wiesenschaften

Politische Forderungen im Bereich Wissenschaften / universitäre Bildung und konkrete Maßnahmen

Gründung eines Wissenschaftszentrums zur Aufarbeitung des

Beauftragung einer Konzeptentwicklung zur Konzipierung und Umsetzung einer außeruniversitären Forschungseinrichtung unter Einbezug von Schwarzen, afrodiasporischen und migrantischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Wissenschaftler*innen

Dekoloniale Evaluation und Überarbeitung der Schulinspektionen



Entwicklung von Qualitätsbereichen und Qualitätskriterien (z.B. Lehrund Lernmittel, Personal)



Entwicklung von Qualitätsindikatoren (z.B. Zugang zu Beschwerdestrukturen)



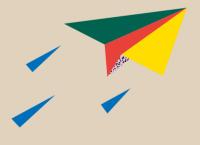
Testerhebung (qualitativ und quantitativ)

Vorschlag für einen partizipativen Prozessablaufs zur Entwicklung eines praxistauglichen Instruments zur Überprüfung und Sicherung diskriminierungskritischer Schulentwicklung unter Einbindung von BPoC-Expert*innen



Kolonialismus

Auswertung und Veröffentlichung der Ergebnisse



Pilotphase

Aufarbeitung der Geschichte der Berliner Hochschulen als koloniale Institutionen (Archive, Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit)

- kritische Aufarbeitung und Reflexion von wissenschaftlichen Sammlungen und Institutsgeschichten in Bezug auf Kolonialismus und "Rassenforschung" z. B. durch Schaffung zusätzlicher wissenschaftlicher Stellen (Lehrdeputat) in Bereichen wie Medizin, Archäologie, Regionalwissenschaften, Kunstgeschichte, Ethnologie, Geologie, Ingenieurswissenschaften, Geografie, internationale Beziehungen
- kritische Aufarbeitung der Fakultäten, Institute und Einrichtungen der Friedrich-Wilhelms-Universität und der Kaiser-Wilhelm-Institute in einem Gesamtkontext
- kritische Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit von Fachgesellschaften wie der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte (BGAEU) oder der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin
- kritische Aufarbeitung der Karrieren von Wissenschaftler*innen an der FU Berlin, die kolonialrevisionistische Forschung im Nationalsozialismus betrieben

Stärkung von Antidiskriminierungsstrukturen innerhalb der Berliner Hochschulen und Universitäten

- Datenerhebungen zu Rassismusvorfällen im universitären Kontext
- Beauftragung einer Studie zu strukturellen und institutionellen Diskriminierungen beim Zugang zu Studium und wissenschaftlichen Anstellungen an Berliner Universitäten und Hochschulen
- Schaffung von Antirassismus-Strukturen durch die Finanzierung von hauptberuflichen Antirassismusbeauftragten an allen Hochschulen

Schwarze deutsche / europäische Geschichte auch in den Universitätskanons sichtbar machen

- Schaffung eines Lehrstuhls zu Black Studies
- Digitalisierung von Archiven und Sammlungen, die indirekt oder direkt mit Kolonialismus / Dekolonisierung verbunden sind, um Forschung auch aus dem Ausland zu ermöglichen

Förderung von Kolonialismus- und machtkritischen Hochschulkooperationen mit dem Globalen Süden

- dekoloniale Überarbeitung von Kooperationsverträgen mit anderen Hochschulen, insbesondere im Globalen Süden
- Änderung von Förderbedingungen bei Kooperationsprojekten

Politische Forderungen im außerschulischen Bildungsbereich und konkrete Maßnahmen

Verankerung des Themas Kolonialismus und Kolonialität auch in der außerschulischen Bildung

- Prüfung der dekolonialen Qualität des aktuellen Rahmenkonzepts zu kultureller Bildung
- Volkshochschulen: Kurse und Angebote zum Themenkomplex Kolonialismus, koloniale Kontinuitäten, globale Verantwortung, ASR, UN-Dekade für PAD in allen Bezirken anbieten

- Dekolonisierung von Bibliotheken in Bezug auf Bestände, Veranstaltungen und Bildungsangebote
- ► Landeszentrale für politische Bildung: Expertise zur Verankerung von Kritik an Anti-Schwarzem-Rassismus in Konzepten der politischen Bildungsarbeit
- Landesmedienanstalt: Beauftragung einer dekolonialen Evaluation des Programms

Schwarze deutsche Geschichte sichtbarer machen

- ► Förderung von Projekten zur Sichtbarmachung von Geschichten und Lebensrealitäten von Menschen und Communities, die von Rassismus betroffen sind
- ▶ öffentlichen Zugang zum Archiv von AFROTAK TV cyberNomads ermöglichen



Der eurozentristische Blick seitens der Kultureinrichtungen ist auch heute noch allgegenwärtig. Oft zeigt er sich in dem Selbstverständnis dieser Einrichtungen gegenüber außereuropäischen Kulturinstitutionen. Die (vermeintlich objektive) Deutungshoheit über die eigenen Sammlungen und Programme ist ein Beleg für die fehlende Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle innerhalb des Kolonialismus.

KOLONIALITÄT IM KULTURBEREICH

m imperialen Zeitgeist des deutschen Kaiserreichs spielten Kultureinrichtungen eine zentrale Rolle dabei, rassistische Hierarchien zu legitimieren und die eigene Überlegenheit zu untermauern.

Museen, insbesondere Völkerkundemuseen, arbeiteten eng zusammen mit Wissenschaftlern, Kolonialbeamten und Militärs, um riesige Sammlungen zusammenzutragen, was als unmittelbares Konzept des europäischen Kolonialismus zu verstehen ist. Die Sammlungen sollten die Überlegenheit der "europäischen Kultur" beweisen und beruhten darauf, dass die Artefakte durch Plünderung oder Betrug in ihren Besitz gelangten. Als Reichshauptstadt hatte Berlin dabei eine besondere Funktion: Denn das 1886 eröffnete Königliche Museum für Völkerkunde wurde aufgrund eines Bundesratsbeschluss des Deutschen Reichs von 1889 zum offiziellen Sammelort von außereuropäischen ethnologischen Sammlungen benannt. Hier zeigt sich, welche gesellschaftliche Relevanz den Sammlungen beigemessen wurde: Sie dienten nicht nur als eine Projektionsfläche des Anderen (nach außen), sondern hatten auch eine identitätsstiftende Funktion für das aufstrebende Kaiserreich, welches sich schnellstmöglich als eine der führenden Kolonialmächte Europas beweisen und Stärke demonstrieren wollte.

Doch auch andere Kulturinstitutionen wie Theater, Opernhäuser oder die Unterhaltungsindustrie spiegelten und spiegeln die gesellschaftliche Begeisterung für koloniale Expansion wider, reproduzier(t)en rassistische Stereotype in ihren Programmen und liefer(te)n ihrerseits einen Beitrag zur Festigung eines rassistischen Weltbilds innerhalb unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten.

Prof. Dr. Bénédicte Savoy geht davon aus, dass sich circa 90 Prozent des kulturellen Erbes des afrikanischen Kontinents außerhalb Afrikas befindet, zum Beispiel in europäischen Museen. Ein Großteil der gesammelten Entitäten und Objekte lagert in Depots und Kellern und ist somit nicht zugänglich – nur etwa 2 bis 3 Prozent der Kulturgüter werden ausgestellt. Die vielen Rückforderungen, die zum Teil schon direkt nach dem Raub / der Entwendung gestellt wurden, verlaufen seit Jahrzehnten im Sand.¹²

Auf die anhaltende Strukturkritik seitens Schwarzer Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen in Bezug auf Zugang zu Informationen, Ressourcen und der Rückgabe der Deutungshoheit an ehemals Kolonisierte wird kaum reagiert. Und die fehlende Transparenz über Archive, Daten und Bestände kann nur als mangelnder Wille verstanden werden, sich mit den problematischen Sammlungsgeschichten auseinanderzusetzen und eingeforderte Rückgaben durchzuführen.

Wir verstehen Dekolonisierung als einen Prozess des Abbaus von gegenwärtigen rassistischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, Inhalten und Strukturen und einer damit einhergehenden notwendigen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Es geht darum, Macht und Autorität zu teilen – sowohl über die Bedeutung kultureller Institutionen als auch darüber, wem diese Institutionen eigentlich dienen sollen. Es geht um die Notwendigkeit, Raum für mehrere Perspektiven zu schaffen und die unterschiedlichen Kontexte aufzuzeigen, die die Sichtweise auf Kultur oder Themen bestimmen.

In diesem Sinne stellt sich in allen kulturellen Bereichen die Frage, wessen Geschichten erzählt werden, wer sie erzählt und welche Perspektiven keine Erwähnung finden.

Auf einer anderen Ebene geht es um den Umgang mit der Gegenwart: Welche Funktion und Rolle spielen Kultureinrichtungen bei der Aufrechterhaltung von rassistischen Stereotypen und Unterdrückungssystemen?

In den Anfängen steht auch die Aufarbeitung der Geschichte der Aneignung von außereuropäischen Kulturen, die oft als Inspirationsquelle für Kunst, Musik und Tanz diente (beispielsweise im Expressionismus und Kubismus). Während Werke für Millionenbeträge verkauft werden, werden die beraubten Gesellschaften weder in ihren Forderungen nach Rückgabe ernst genommen noch an den Gewinnen beteiligt, die Museen auch heute noch mit "ihren" Publikumsmagneten erzielen (Dinosaurier im Naturkundemuseum, Nofretete, Benin-Bronzen etc.). Stattdessen wird oft – unabhängig vom sogenannten Erwerbskontext – eine Art Gewohnheitsrecht angewandt: Die Kosten für die Pflege und Instandhaltung (die ohne Zustimmung erfolgten) werden als Argument dafür gesehen, dass die Kulturgüter oder Entitäten nun quasi in den legalen Besitz übergegangen seien.

Während Kulturgüter aus kolonialen Kontexten im Zentrum der europäischen Gesellschaft angekommen sind und einverleibt wurden, werden die Menschen aus ehemals kolonisierten Gebieten noch immer daran gehindert, nach Europa zu kommen – und diejenigen, die dennoch ge-



"Double Standard", Karikatur des nigerianischen Künstlers, Kunsthistorikers und Karikaturisten Ganiyu "Jimga" Jimoh

kommen sind, werden dann auch noch mehrere Generationen später als "fremd im eigenen Land" betrachtet. Auch darüber braucht es eine gesellschaftliche Debatte.

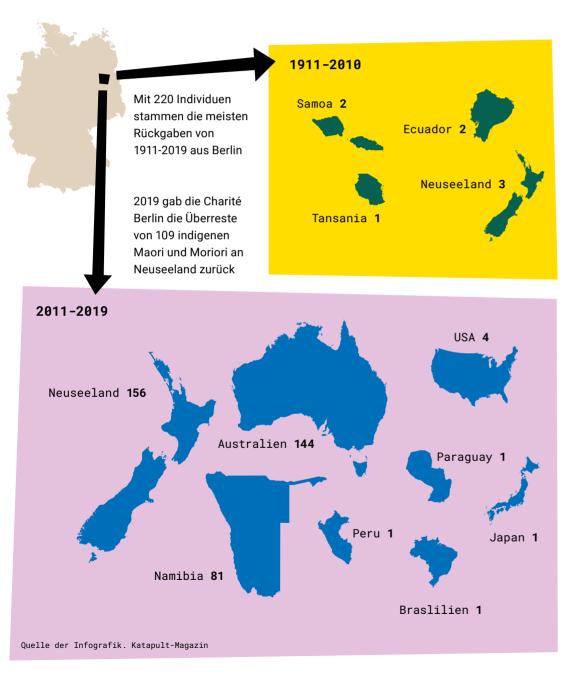


KOLONIALITÄT IM KULTURBEREICH KOLONIALITÄT IM KULTURBEREICH 40

siehe zu unbeantworteten Rückforderungen seit den 1970er-Jahren auch Bénédicte Savoy (2021): Afrikas Kampf um seine Kunst

Von Deutschland zurückgegebene menschliche Gebeine

Anzahl der Individuen (Schädel oder einzelne Knochen)



Forderungen und Maßnahmen im Bereich Kultur

Politische Forderungen und konkrete Maßnahmen

eigentumsrechtliche Übertragung und Angebot einer Rückführung aller Ahnen, Kultur- und Naturgüter aus kolonialen Gebieten

- Das Land Berlin setzt sich auf Bundesebene für ein Gesetz ein, das die Repatriierung von menschlichen Gebeinen und die Restitution von Kulturund Naturobjekten aus kolonialen Kontexten sicherstellt
- ▶ Berlin setzt sich auf Bundesebene für einen sofortigen Forschungsstopp an menschlichen Gebeinen ein
- Berliner Institutionen und Museen sollten hier eine Vorreiterrolle übernehmen
- Erweiterung der Definition von kolonialem Raubgut: neben Erwerb, Geschichte und Erwerb über andere Kolonialmächte sollte auch der Zeitpunkt des Erwerbs hinzugezogen werden

zügige Repatriierung aller menschlichen Gebeine aus kolonialen Kontexten

- Anordnung eines sofortigen Forschungsstopps an menschlichen Gebeinen aus kolonialen Kontexten
 - keine invasive Provenienzforschung, außer mit Zustimmung aus Herkunftscommunities

41 KOLONIALITÄT IM KULTURBEREICH FORDERUNGEN UND MASSNAHMEN IM BEREICH KULTUR 42

- Schaffung eines Beratungsgremiums (Advisory Board) von Repatriierungspraktiker*innen aus Herkunftsgesellschaften
- Berlin setzt sich für eine rechtliche Rehumanisierung der Gebeine aus kolonialen Kontexten auf Bundesebene ein

Offenlegung von ausstehenden Rückforderungen und Rückforderungsgesuchen

- ▶ klare und transparente Wege für Rückforderungen und Rückforderungsgesuche schaffen, nicht nur für staatliche Rückforderungen, sondern auch für Communities und Einzelpersonen
- Digitalisierung und Öffnung der Museums- und Sammlungsarchive: Daten zu menschlichen Gebeinen und Entitäten aus kolonialen Kontexten zugänglich machen
- schnelle Erstellung und Internetveröffentlichung von Generalinventaren der ethnologischen Sammlungen bzw. Objekte aus kolonialen Kontexten in den verschiedenen öffentlichen Museen und Sammlungen im Land Berlin (Inventarisierungsarbeit gemeinsam mit Kolleg*innen und Fachleuten aus ehemaligen Kolonien)
- proaktives Zugehen auf mögliche Herkunftscommunities

Aufbau eines Netzwerkes von dekolonial arbeitenden öffentlichen Institutionen

Einführung eines runden Tischs zu Provenienzforschung aus kolonialen Kontexten unter Teilnahme aller Einrichtungen in Berlin mit Sammlungen aus kolonialen Kontexten (auch SPK und BGAEU)

transparente Provenienzforschung

- Aufbau eines Zentrums für Provenienzforschung mit dem Auftrag, das Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten der Berliner Museen zu erforschen und die Rückgabe an Herkunftscommunities zu organisieren
- ▶ Erhöhung der Mittel für Provenienzforschung und Vernetzung der Berliner Institutionen für gemeinsame Antragsstellung
- internationale Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftler*innen fördern

aktive Förderung der Auseinandersetzung mit kolonialer Geschichte von Berliner Kultureinrichtungen und heutiger Kolonialität im Kulturbereich

- Fördergelder für Forschung und Veröffentlichungen zu kolonialen Verstrickungen sollen von Berliner Kultureinrichtungen bereitgestellt werden
- Erhebung von Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten in Berliner Kulturbetrieben
- Antidiskriminierungsarbeit im Kultursektor verankern z. B. durch die Verpflichtung von vorliegenden Antidiskriminierungsstrategien in Kultureinrichtungen
- Schaffung klarer Antidiskriminierungsstrukturen für den Berliner Kultursektor und Förderung einer unabhängigen Informations- und Beschwerdestelle
- Ausbau von Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Antidiskriminierung, Intersektionalität und Antirassismus für Kulturschaffende und Angestellte der Berliner Kulturbetriebe

3 FORDERUNGEN UND MASSNAHMEN IM BEREICH KULTUR FORDERUNGEN UND MASSNAHMEN IM BEREICH KULTUR 44

Kulturprojekte im kolonialen Kontext müssen gemeinsam mit Herkunftscommunities entwickelt, konzipiert und durchgeführt werden

- Schaffung von transparenten Entscheidungsprozessen
- Anpassung von F\u00f6rderbedingungen f\u00fcr Kulturprojekte, um auch Kulturschaffende und K\u00fcnstler*innen ohne formale Bildungsabschl\u00fcsse anzusprechen (Kriterium bspw. k\u00fcnstlerisches Potenzial)
- Sicherstellung, dass bei Kulturprojekten in kolonialen Kontexten betroffene Communities bei der Konzipierung, Planung und Umsetzung miteinbezogen werden
- Evaluation zum Zugang und der Nutzung der IMPACT-Förderung des Landes Berlin

Öffnung von Entscheidungsgremien und Auswahlkommissionen für diasporische, Schwarze, afrikanische und migrantische Akteur*innen

- Bestandsaufnahme über die Zusammensetzung von Jurys und Auswahlkommissionen in den letzten drei Jahren in Bezug auf intersektionale Kriterien, insbesondere Rassismus
- Öffnung von Entscheidungsgremien und Auswahlkommissionen für diasporische, Schwarze, afrikanische und migrantische Akteur*innen
- Sicherstellung, dass bereits vorhandende Konzepte, wie beispielsweise die Checkliste zu diskriminierungskritischer Auswahl, standardmäßig genutzt werden
- spezifische diversitätsfördernde Maßnahmen, wie bspw. Stipendienprogramme im Bereich klassische Musik

Auseinandersetzung mit der Thematik Kolonialismus und Dekolonialität weiter fördern

- Verstetigung und Aufstockung der F\u00f6rdersumme von dekolonialen Kulturprojekten
- Ausbau, Digitalisierung und öffentliche Publikation des Archivs von AFRO-TAK TV cyberNomads zu Schwarzen Präsenzen in Berlin – aufbauend auf den Vorarbeiten seit 1984

5 FORDERUNGEN UND MASSNAHMEN IM BEREICH KULTUR FORDERUNGEN UND MASSNAHMEN IM BEREICH KULTUR 46



"Die Wahrheit ist: Wenn es um die Kolonialzeit geht, haben wir sonst so geschichtsbewussten Deutschen allzu viele Leerstellen! Wir haben blinde Flecken in unserer Erinnerung und unserer Selbstwahrnehmung."

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

in seiner Rede zur Ausstellungseröffnung im Humboldt Forum

ährend das Humboldt Forum zum Symbol einer gescheiterten Erinnerungspolitik geworden ist – weil es dabei versagt, eine multiperspektivische Erinnerungskultur der Bundesrepublik abzubilden – ist mit der Stolpersteinverlegung die Erinnerung an das Leben und die Verfolgung von Martha Ndumbe und Ferdinand James Allen eine Pluralisierung der Erinnerungskultur gelungen, ohne dabei die Singularität des Holocaust zu relativieren. Einmal mehr zeigt sich, wie wichtig die koperative Zusammenarbeit mit den betroffenen Communities ist.

Die Art und Weise, wie die politischen Verantwortlichen mit der Kritik am Humboldt Forum und den Ausstellungsvorhaben im rekonstruierten Schloss der Kaiserzeit umgegangen sind, ist mit Blick auf die deutsche Kolonialvergangenheit bedauerlicherweise durchaus typisch – wird sie doch weiterhin gern weitgehend vergessen und verdrängt. Das zeigt sehr deutlich die erinnerungspolitische Leerstelle und das Fehlen an Schwarzer deutscher Geschichte mit all ihren Widerstandskämpfen sowie die oft ausbleibende Würdigung der Beiträge der von Kolonialrassismus betroffenen Communities für unsere Gesellschaft.

In historischer Perspektive erscheint Geschichte stets als mit anderen Geschichten verflochten und überhaupt erst über spezifische Kontexte und Konstellationen einordbar und verständlich. Diese verweisen jedoch selbst wiederum auf bestimmte Abläufe und eben Geschichte(n), unabhängig davon, ob sie nun individuell sind oder über die einzelnen Personen hinausreichen (wie die Geschichte einzelner Nationalstaaten, historischer Phasen und Geschehnisse etc.).

Eine Multiperspektivität der Erinnerungskultur ist in einer postmigrantischen Gesellschaft unabdingbar und braucht ein partizipativ erarbeitetes Konzept. Entsprechend dem Antrag "Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit" muss bei der Erarbeitung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts die Beteiligung der Zivilgesellschaft sichergestellt Die Art und Weise, wie die

politischen Verantwortlichen mit

der Kritik am Humboldt Forum

und den Ausstellungsvorhaben im

rekonstruierten Schloss der

Kaiserzeit umgegangen sind, ist

mit Blick auf die deutsche Kolonial-

vergangenheit bedauerlicherweise

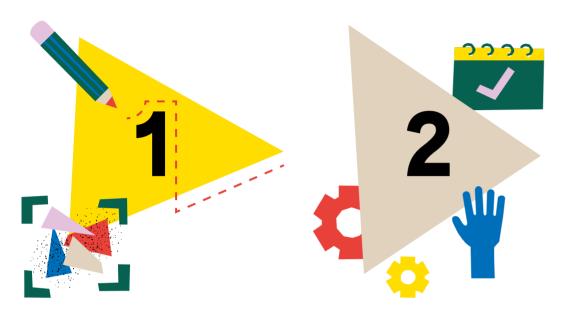
durchaus typisch - wird sie

doch weiterhin gern weitgehend

vergessen und verdrängt.

werden. Dafür gibt es kein Modell aus anderen Städten, das Berlin übernehmen könnte. Angesichts der vielen verschiedenen Akteur*innen und der hohen inhaltlichen Anforderungen braucht dieser Prozess ausreichend Mittel, um eine zielgerichtete Vorbereitung (Strukturierung, Steuerung, Abstimmung mit der außerhalb der Zuständigkeit der Kulturverwaltung liegenden ressortübergreifenden Koordination und Dokumentation) zu gewährleisten. Zudem bedarf es der Einbindung von unter anderem internationalen Expert*innen, Beratungs- und Autor*innenleistungen und insbesondere auch zivilgesellschaftlicher Akteur*innen.

Skizze: Prozessaufbau eines Erinnerungskonzepts



Vorphase

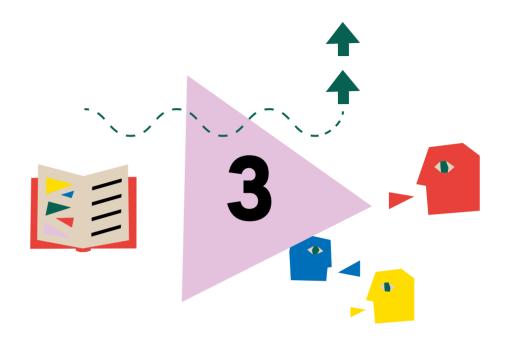
3-4 Monate

- Rahmensetzung
- Skizzierung Prozessgestaltung
- Sammlung & Ansprache von zu beteiligenden Akteuren

Partizipationssphase

12 Monate

- Erarbeitung von passenden Veranstaltungsformaten
- Erarbeitung von inklusiven Beteiligungsmöglichkeiten
- Durchführung der verschiedenen gemeinsam generierten Inhalte
- Zwischenpräsentation an alle Beteiligten vorbereiten
- Vorbereitung der Ausformulierung des Konzepts



Ausformulierungsphase

6-9 Monate

- Erarbeitung Ablauf- und Veröffentlichungsprozess
 Achtung: Hier muss sichergestellt werden, dass es eine gute Rückkoppelung an alle Akteur*innen des Partizipationsprozesses und mit dem Historischen Beirat gewährleistet ist
- Zusammenstellung von Autor*innen-Team unter Leitung einer Redaktion (Multiperspektive und historische Expertise)
- Verschriftlichung und Veröffentlichung des erarbeiteten Erinnerungskonzepts (inkl. Dokumentation des Entstehungsprozesses)

Forderungen und Maßnahmen im Bereich Erinnerungskultur

Politische Forderungen im Bereich Erinnerungskultur und Maßnahmen

Entwicklung einer zentralen Gedenkstätte bezüglich Anerkennung, Aufarbeitung und Erinnerung deutscher Kolonialverbrechen sowie dem Völkermord an den Ovaherero und Nama

Perspektiven der ehemals Kolonisierten in Erinnerungskultur verankern und antikolonialen Widerstand in den ehemaligen Kolonien und Deutschland darstellen

Schaffung dezentraler und zentraler Lern- und Erinnerungsorte zur deutschen Kolonialgeschichte in Berlin

- Erstellung und Umsetzung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzeptes mit dezentralen Lern- und Erinnerungsorten sowie einem zentralen Gedenkort mit breiter Beteiligung von Schwarzen, (post)migrantischen, afro-deutschen, asiatisch-deutschen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen
- Perspektiven der ehemals Kolonisierten in Berliner Erinnerungskultur verankern
- antikoloniale und antirassistische Widerstandsgeschichte in den ehemaligen Kolonien, Deutschland und Berlin sichtbar machen

kolonialkritische Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum, Schaffung von transparenten Entscheidungsprozessen

- Umbenennung von Straßen und Plätzen mit kolonialrassistischen Namen sowie solchen, die den Kolonialismus verherrlichen
- perspektivwechselnde Kommentierung von Denkmälern und Orten mit kolonialem Bezug
- ➤ Einführung eines Gremiums "Kolonialkritische Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum" mit Vertreter*innen von der Bezirks- und Senatsebene sowie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und betroffenen Communities
- dekoloniale und antirassistische Interventionen im öffentlichen Raum gezielt fördern

forderungen und massnahmen im bereich erinnerungskultur forderungen und massnahmen im bereich erinnerungskultur 52



in der Welt

"Der Kolonialismus zeichnete sich nicht nur durch die Dominanz der Wirtschaft und des Militärs aus, sondern auch durch eine systematische epistemische Gewalt. Dies spiegelt sich bis heute [...] wider."

Felwine Sarr

in einem Artikel in der taz vom 05.06.2017

ittlerweile gibt es auf allen Kontinenten Orte, die nach Berlin benannt sind. Viele der Namensgebungen sind direkt mit der kolonialen Expansion Europas und des Kaiserreiches verbunden und spiegeln die historische Bedeutung der Stadt wider, deren Kolonialgeschichte sich tief in die Stadt eingewoben hat.

Schon im 17. Jahrhundert führte die Gründung der Brandenburgisch-Afrikanische Compagnie (BAC) im Jahr 1682 dazu, dass sich das Herrschaftsgebiet unter Friedrich Wilhelm von Brandenburg aktiv am transatlantischen Versklavungshandel und dem Handel mit Kolonialwaren beteiligte. Nach der Auflösung der BAC im Jahr 1711 war Brandenburg-Preußen zwar nicht mehr als staatlicher Akteur am Handel mit Kolonialwaren und versklavten Menschen beteiligt, doch die engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen europäischen Kolonialmächten blieben bestehen. Entscheidungen, die während der "Berliner Konferenz" (1884/85) getroffen wurden, definieren heute noch geografische Grenzen und haben die Geschichte der Welt verändert.

Die globalisierte Weltwirtschaft

baut auf ein koloniales Erbe auf.

Die globalisierte Weltwirtschaft baut auf ein koloniales Erbe auf, das rassistische Theorien heranzog, um Ausbeutung und Versklavung zu rechtfertigen und Ressourcen aus den Kolonien nutzte, um Industrien aufzubauen und Besitztümer anzuhäufen. Demnach ist die Geschichte des Imperialismus, des Kapitalismus und der Globalisierung eng mit der kolonialen Ordnung und der rassistischen Ideologie verknüpft, die noch immer wirkmächtig ist.

Dies zeigt sich heutzutage beispielsweise in globalen Ungleichheiten: in geopolitischen Machtverhältnissen, in der Repräsentation in internationalen Bündnissen, ungleichen Handelsbeziehungen, der Unsichtbarmachung von nicht-weißen Stimmen in öffentlichen Diskursen sowie in dem weitverbreiteten Ziel, die Welt nach europäischen Maßstäben zu bewerten, zu hierarchisieren und umzugestalten. Auch die Entstehung der Entwicklungspolitik als Politikfeld ab den 1950er Jahren fällt nicht zufällig mit der formalen Unabhängigkeit von ehemaligen Kolonien zusammen, sondern führt ungebrochen die Idee einer Bewertungslogik nach westlichkapitalistischen Kriterien und deren Dichotomie zwischen westlich/modern/entwickelt (auch

Anstelle von Reparationen für

die begangenen Verbrechen wird

der weiße Blick auf die Welt

kaum gebrochen

lesbar als kolonisierend) und nicht-westlich/ traditionell/unterentwickelt fort. Anstelle von Reparationen für die begangenen Verbrechen wird der weiße Blick auf die Welt kaum gebrochen: Noch immer wird davon ausgegangen, dass die Lösungen, die in ehemaligen Kolonialmächten entstehen, weltweite Lösungen für Probleme sind, die oft erst durch Kolonialismus und Industrialisierung entstanden sind.

Die koloniale "Zivilisierungsmission von Unterentwickelten" ist auch heute noch in Machtverhältnissen, insbesondere der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sichtbar - sei es in Entscheidungen darüber, wofür Gelder fließen und an welche Kriterien sie gebunden sind (good governance und Demokratiekonzept nach westlichem Vorbild) oder in aus dem Globalen Norden heraus gestalteten hierarchischen Partnerschaften, wo Augenhöhe ein Lippenbekenntnis und Mitbestimmung nur zum Teil erwünscht ist.

Narrativ wird dies untermauert durch die stereotype Darstellung von Schwarzen Menschen als Empfänger*innen von westlicher Hilfe auf Spendenplakaten. In Texten sind sie diejenigen, die nur durch Spenden aus dem Globalen Norden aus ihrer Not geholt werden können und nicht etwa durch die Streichung aller EU-Agrarsubventionen für europäische Bauern und Bäuerinnen oder das Ende von neoliberalen Handelsabkommen wie die EPAs. Daher ist es notwendig, rassistische Narrative und das problematische Verhältnis zwischen Gebenden und Nehmenden in der Entwicklungszusammenarbeit zu überwinden und die neokolonialen wirtschaftlichen und politischen Strukturen zu dekolonisieren, die die Ausbeutung des Globalen Südens weiterhin ermöglichen.

Heute gibt sich Berlin als eine weltoffene, internationale Stadt, die durch Städtepartnerschaften weltweit vernetzt ist, eigene außenwirtschaftliche Interessen vertritt und sich in verschiedenen Bündnissen für Toleranz einsetzt (zum Beispiel European Coalition of Cities Against Racism, International Cities of Refuge Network). Doch das Fortbestehen von kolonialen Mustern führt dazu, dass in jeglichen Formen der Partnerschaft zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und den kolonisierten Ländern ein Ungleichgewicht herrscht. Dekolonisierung bedeutet in diesem Fall ein kritisches Infragestellen der Ausgangsbedingungen der Partnerschaft

und des epistemischen Unterbaus: Aus welcher Position heraus werden Beziehungen aufgebaut und wie wird auf (in)formelle Machtungleichheiten eingegangen? Werden historische, gewalttägige und herrschaftssichernde Dimensionen bedacht? Was sind die (hintergründigen) Ziele? Wer ist Sender*in und Empfänger*in von Informationen, Lösungen und Ideen? Werden neoliberale, koloniale Strukturen infrage gestellt?

In der kommunalen und internationalen Politik haben Dekolonisierungsprozesse bisher kaum begonnen. Sie sind jedoch notwendig, um die Ziele von Nachhaltigkeit, Partnerschaft und echter Solidarität mit Leben zu füllen. Sie sind nötig, um zu verstehen, auf wessen Kosten der Wohlstand im Globalen Norden aufgebaut ist und immer wieder sichergestellt wird. Und Dekolonisierungsprozesse braucht es auch, um raus aus der europäischen Zentrierung zu kommen, um mit dem linearen Entwicklungsmythos zu brechen und die gleichwertige Existenz von anderen Kosmologien und Rationalitäten anzuerkennen.

Forderungen und Maßnahmen im Bereich internationale Beziehungen / Entwicklungspolitik

Politische Forderungen im Bereich internationale
Beziehungen und Entwicklungspolitik und
konkrete Maßnahmen

dekoloniale Perspektiven in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Wirtschaftsförderung stärken

- Überprüfung der Publikationen des Landes Berlin auf Stereotype, rassistische und exotisierende Darstellungen von Ländern des Globalen Südens und deren Bevölkerung und Entfernung dieser
- Evaluation und kritische Reflexion der Berliner Außenwirtschaftspolitik: Beauftragung einer Studie zur Dekolonialität des Konzepts Internationale Wirtschaftskooperation Berlin
- Beauftragung einer kolonialkritischen Betrachtung von Berlins Wirtschaftsbeziehungen (historisch und gegenwärtig), z. B. auch zu den kolonialen Verstrickungen von Wirtschaftssektoren innerhalb des Lands Berlins

56

neokoloniale Strukturen gegen den Globalen Süden auf allen politischen Ebenen aufbrechen

- ► Einrichtung von Anreizsystemen zur gezielten Förderung alternativer Wirtschaftsmodelle mit Gemeinwohl-Ökonomie-Ansätzen
- zügige Erstellung eines Umsetzungsplans zum Lieferkettengesetz für die landeseigenen Betriebe
- Umsetzung der agrarökologischen Strategien des Ernährungsrates Berlin für eine zukunftsfähige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik in der Region
- Beauftragung einer externen Bestandsaufnahme zu neokolonialen Strukturen in den Themenfeldern Migration, Internationales, Klima, Verbraucherschutz und Justiz sowie den Städtenetzwerken, in denen das Land Berlin Mitglied ist

Dekolonisierungsprozesse in allen Städtepartnerschaften auf Landes- und Bezirksebene thematisieren und fördern

- Erarbeitung kolonialkritischer Projekte zum Ausbau der Städtepartnerschaften (bspw. gezielte Förderung gemeinsamer wissenschaftlicher Forschung) insbesondere in den Städtepartnerschaften Windhoek-Berlin und Jakarta-Berlin
- Einführung kolonialkritischer Ansätze in der Zusammenarbeit mit den bestehenden Städtepartnerschaften
- wissenschaftliche Evaluierung der Bezirkspartnerschaften hinsichtlich ihres Beitrages zu den SDGs und den UN-Menschenrechtskonventionen, Ausbau einer gleichberechtigten Zusammenarbeit und Abbau von Ungleichheiten in Berlin (SDG 10)

nachhaltige Vergabepraxis umsetzen

➤ Erstellung und zügige Bereitstellung von Ausführungsvorschriften mit Absenkung von Schwellenwerten für eine faire und sozial verantwortliche Vergabe

Reparationen entrichten für (neo)koloniales Unrecht an ehemalige von Deutschland kolonisierte Gesellschaften

Start einer Bundesratsinitiative

Entwicklungspolitik dekolonisieren

- kolonialkritische Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien des Lands Berlin
- kontinuierliche inhaltliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der Entwicklungspolitik und ihren Institutionen, insbesondere in Hinblick auf ihre kolonialen Wurzeln durch regelmäßige Fort- und Weiterbildungen
- Strategie für dekoloniale Entwicklungspolitik gemeinsam mit diasporischen Vereinen entwickeln
- Beauftragung einer wissenschaftlichen Studie für eine Dekolonialisierung der Entwicklungszusammenarbeit und der damit zusammenhängenden Paradigmen, Praxen und Institutionsformen
- Einführung von Fort- und Weiterbildungen zum Thema koloniale Kontinuitäten in den Bereichen Entwicklungspolitik und internationale Zusammenarbeit
- ► Ergänzung eines prioritären Handlungsfeldes "Antirassismus und Dekolonisierung" in entwicklungspolitischen Leitlinien und der Projektförderung

- Einführung einer Repräsentationsquote in allen Gremien (insbesondere Beirat Entwicklungszusammenarbeit und Vergabeausschuss für entwicklungspolitische Projekte des Landes Berlins) zur Sicherstellung der migrantischen und Schwarzen Perspektiven
- Abschaffung der Drittmittel-Eigenanteile für migrantische und afrodiasporische Akteur*innen
- ► LEZ setzt sich im Bund-Länder-Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit für die Vollfinanzierung von EZ-Projekten für migrantische und afrodiasporische Akteur*innen ein

dekoloniale politische Bildung fördern

- Einrichtung einer Auswahl- und Vergabekommission mit Schwarzen, afrodiasporischen und migrantischen Perspektiven für das Förderprogramm Bildungsarbeit in Schulen zu Kolonialismus und Verantwortung
- Mittelerhöhung und -verstetigung von dekolonialen politischen Bildungsprojekten

Ein Anfang für eine dekoloniale Zukunft? – Ein Ausblick

it der Verabschiedung des Antrages Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit durch die Regierungsparteien und der damit einhergehenden Schaffung der Koordinierungsstelle bei Decolonize Berlin begann im Sommer 2019 der Weg zu einem Prozess zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Berlins. Die erarbeiteten Maßnahmen und die gemeinsame Arbeit mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik führen uns das Potenzial vor Augen, das unsere Zukunft in sich trägt!

Nach zwei Jahren endet der Beteiligungsprozess der Koordinierungsstelle – die erarbeiteten Maßnahmen zeigen jedoch, dass der derzeitige Stand der Aufarbeitung nur als ein Anfang für einen gesellschaftlichen Transformationsprozesses zu verstehen ist.

Als Koordinierungsstelle haben wir versucht, die unterschiedlichen Perspektiven in einzelne Themenbereiche unserer Arbeit einfließen zu lassen, um kein Themenfeld unbenannt zu lassen. Bei der Konkretisierung aller Forderungen kristallisierten sich vor allem die nun hier intensiv ausgearbeiteten Maßnahmen heraus. Dies stellt keine Hierarchisierung dar. Vielmehr untermauen die Maßnahmen die Forderung, Dekolonisierung als Prozess zu verstehen und Leerstellen zuzulassen, um daran weiterzuarbeiten.

In unserem Partizipationsprozess wurden beispielsweise die Themenbereiche Migration und Klima sowie Sicherheits- und Außenpolitik Die erarbeiteten Maßnahmen zeigen jedoch, dass der derzeitige Stand der Aufarbeitung nur als ein Anfang für einen gesellschaftlichen

Transformationsprozesses zu

verstehen ist.

immer wieder genannt, aber keine konkreten Maßnahmen erarbeitet. Leider fehlen auch die selbst eingebrachten Perspektiven von Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Im übertragenen Sinn haben politische Verbündete und Repräsentant*innen dieser Gruppe die Perspektive in den Partizipationsprozess eingebracht.

Als drängendes Thema unserer Zeit prägt die Sicherheitspolitik den Alltag vieler Schwarzer und marginalisierter Menschen. Auch im Jahr 2021 müssen diese Menschen die rassistische Polizeipraxis, Racial Profiling, im Namen der inneren Sicherheit – insbesondere an sogenannten "kriminalitätsbelasteten Orten" – in Berlin ertragen. Die Einsicht der Berliner Polizei, dass dies rassistisch ist, hat leider auch nicht dazu geführt mit dieser Praxis zu brechen. So werden weiterhin Menschen aufgrund rassistischer Zuschreibung unrechtmäßig und grundlos kontrolliert. Eine Reformierung der Sicherheitsinstitutionen ist somit unumstößlich.

Die Umsetzung der hier benannten
Maßnahmen und Forderungen be-

trachten wir als ersten wichtigen

Schritt für den Dekolonisierungs-

prozess. Hierfür braucht es.

Zeit. Ressourcen und Geduld.

Durch die Einrichtung der Koordinierungsstelle bei Decolonize Berlin e. V. haben die Regierungsparteien ihren politischen Willen gezeigt. Mit den hier enthaltenen Maßnahmen und Forderungen bringen zivilgesellschaftliche Akteur*innen, insbesondere die vom deutschen Kolonialismus betroffenen Communities, ihren jahrzehntelangen Kampf um die Anerkennung des begangenen Unrechts und ihr Engagement für die Aufarbeitung desselben zum Ausdruck. In der Verwaltung und der Politik fehlt diese Expertise, sie ist jedoch für die Umsetzung aller Prozessschritte der Aufarbeitung von Berlins Kolonialvergangenheit notwendig. Nur so kann die gesellschaftliche Transformation gelingen.

Die Umsetzung der hier benannten Maßnahmen und Forderungen betrachten wir als ersten wichtigen Schritt für den Dekolonisierungsprozess. Hierfür braucht es: Zeit, Ressourcen und Geduld.

Mehr Zeit braucht es, um nun diejenigen, die eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Maßnahmen spielen (wie die betroffenen Communities), zur weiteren Partizipation zu gewinnen.

Mehr Ressourcen braucht es, um die oft unterfinanzierten und Projektzwängen unterworfenen zivilgesellschaftlichen Strukturen bei der Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus und seiner Wirkungen bis in die Gegenwart gut aufzustellen. Ohne die notwendigen Ressourcen wird eine umfassende Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialvergangenheit kaum möglich sein.

Geduld braucht es, weil politische und administrative Prozesse sich nicht am politischen Aktivismus orientieren und umgekehrt. Ein partnerschaftlicher Umgang ist daher ebenso wichtig wie eine wertschätzende Kommunikation miteinander, um Verständnis für die jeweils eigene (Organisations-)Position zu gewinnen und gemeinsam weiter am Prozess zu arbeiten.

Nun liegt es in den Händen der Politiker*innen, das Erarbeitete tatsächlich in Verwaltungshandeln zu überführen und die notwendigen Dekolonisierungsprozesse anzustoßen.

Für die erste Etappe auf dem Weg zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit ziehen wir mit diesem Bericht Bilanz.

Als Koordinierungsstelle werden wir in den kommenden zwei Jahren die Umsetzung der Maßnahmen eng begleiten und den Dialog zwischen der Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik vertiefen sowie gemeinsam mit den betroffenen Communities die politischen Forderungen weiter konkretisieren.

Each generation must discover its mission,

fulfill it or betray it, in relative opacity.

Frantz Fanon

Impressum

Herausgeberin:

Koordinierungsstelle bei Decolonize Berlin e. V. Lausitzer Straße 10 | 10999 Berlin www.decolonize-berlin.de info@decolonize-berlin.de

Redaktion:

Anab Awale, Merel Fuchs, Adel Oworu

Lektorat:

Andreas Kaizik, Hannah Pöhlmann (INFOTEXT GbR)

Copyright:

Koordinierungsstelle bei Decolonize Berlin e. V.

Gestaltung:

Ilho Jung, Ruth Jung-Reining, Soung-Hun Lee, (Studio Offtype Berlin)

Herstellung:

Pinguin Druck GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung wurde realisiert durch die Haushaltsmittel des Landes Berlin – Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe). Für die Inhalte der Publikationen ist allein die bezuschusste Institution verantwortlich.

